

„Typisch Mann, typisch Frau“?!

Foto: Jan Krumlovsky



Am 8. März wird der Internationale Frauentag zum 110. Mal begangen. Nun könnte man ausschmücken, wann der wie und warum ins Leben gerufen wurde. Aber das gab es alles schon. Eine Bestandsaufnahme hat mich da viel mehr interessiert und ein Frauentag ist ein ganz wunderbarer Grund, die Pressestelle des SMI zu kontaktieren. An dieser Stelle ein großes Dankeschön für die unkomplizierte Unterstützung!

Cindy Krumlovsky

Liebe Kolleginnen, zum 110. Internationalen Frauentag beglückwünsche ich Euch herzlichst und danke Euch für Euren täglichen Einsatz, Eure Arbeit in der Polizei, aber auch im Ehrenamt der GdP Sachsen!

Dieser Tag gibt Anlass, innezuhalten und die aktuelle Situation für Frauen - ganz allgemein und innerhalb der sächsischen Polizei im Speziellen - kritisch zu betrachten.

Zukunftsmusik des Gleichstellungsgesetzes

Vor genau einem Jahr berichtete Kollegin Gerull vom Fehlen eines Gleichstellungsgesetzes in Sachsen, welches bis 2016 aus dem bestehenden Sächsischen Frauenförderungsgesetz weiterentwickelt werden sollte. Im Koalitionsvertrag der CDU und SPD von 2014-2019 war dieses Ziel festgeschrieben worden. Zunächst sei gesagt: ein Sächsisches Gleichstellungsgesetz, ein Gesetz, welches Mann und Frau als „gleich“ betrachtet und Diskriminierung verbietet – so wie es das Grundgesetz bereits festlegt – das fehlt in Sachsen 5 Jahre später noch immer.

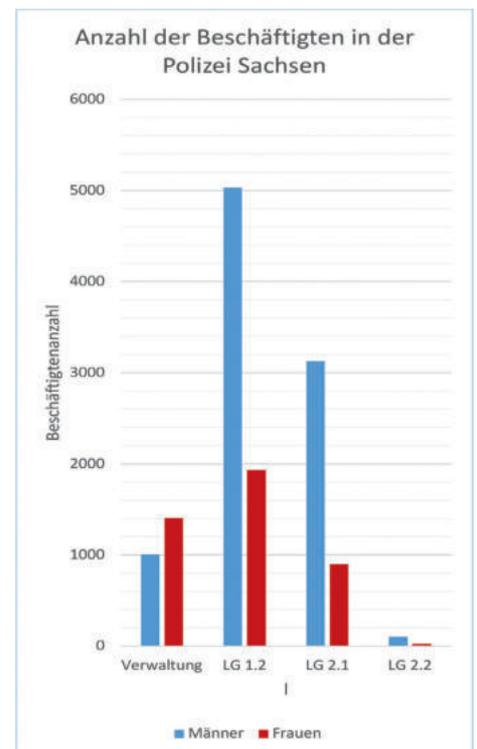
Das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen ha-

ben sich auch CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im aktuellen Koalitionsvertrag als Ziel gesetzt und betonen, die „gleiche Teilhabe von Frauen und Männern(...) in allen Positionen erreichen“ zu wollen (vgl. Koalitionsvertrag S.104). Wir können also gespannt sein.

Vom Frauenmangel in Führungspositionen

Das machte mich neugierig. Frauen gehören heute wie selbstverständlich zur Polizei. Bei intensiverem Nachdenken wurde ich jedoch stutzig - Stichwort „Führungsposition“. Bis vor Kurzem wurde ein Revier der PD Dresden von einer Frau geleitet. Aber wie sieht es sonst in unseren Reihen aus? Dienstgruppenführerinnen, Kommissariatsleiterinnen, Revierleiterinnen, Präsidentinnen?

Ein Blick auf die Polizeidirektionen in Sachsen zeigte schnell die Unausgewogenheit in den Führungsebenen. Eine einzige Präsidentin bei neun sächsischen Polizeidienststellen war verzeichnet. Bei 28 Polizeirevieren mit nur drei leitenden Frauen hörte ich auf zu zählen. Ja, irgendwie schien da was dran zu sein an dem Frauenmangel in Führungspositionen. Auch im Streifendienst des o.g. Reviers fanden sich keine DGFinnen. Im Revierkri-



Statistik mit Stand 01.10.2020

minaldienst – mit Tagdienst und Gleitzeit - wurde ich jedoch fündig: verhältnismäßig viele Frauen – auch und gerade in führenden Positionen.

Redaktionsschluss

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe März 2021, war der 31. Januar 2021, für die Ausgabe April 2021 ist es der 5. März 2021 und für die Ausgabe Mai 2021 ist es der 2. April 2021.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redak-

tion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

	Beschäftigtenzahlen Männer	Prozentualer Anteil	Beschäftigtenzahlen Frauen	Prozentualer Anteil
Gesamt	8265	100 %	2860	100 %
LG 1.2	5034	60,9 %	1932	67,6 %
LG 2.1	3127	37,8 %	902	31,5 %
LG 2.2	104	1,3 %	26	0,9 %

Das sagt die Statistik

Eine Übersicht der derzeitigen Beschäftigtenzahlen sollte zeigen, wie sich die tatsächliche Verteilung innerhalb der sächsischen Polizei darstellt - Statistik mit Stand 01.10.2020.

Deutlich erkennbar ist der große Unterschied in den Einstellungszahlen in den Laufbahngruppen. Die Anzahl der eingestellten Männer ist mehr als doppelt so hoch als die der Frauen. Die Ausnahme stellt die Verwaltung dar.

Vergleicht man jedoch die Verteilung der weiblichen Beamtinnen auf die Laufbahngruppen mit der entsprechenden Verteilung der männlichen Beamten, zeigt sich ein unerwartetes Bild, sie sind nahezu identisch siehe Tabelle Seite 2.

Eine geringere Beteiligung der Frauen an höheren Positionen kann also per se nicht angenommen werden, sondern scheint sich aus dem insgesamt geringeren Anteil der Frauen in der sächsischen Polizei zu ergeben.

Männer führen, Frauen verwalten?

Dennoch zeigt sich, dass die Schwerpunkte unterschiedlich verteilt sind. Während die Männer zu einem Großteil die führen-

den Ämter begleiten, sind Frauen oftmals in der Verwaltung zu finden. Dies wirft Fragen vor allem jene nach den Ursachen auf: Ist Polizist sein immer doch noch immer ein typischer Männerberuf? Sind die beruflichen Interessenschwerpunkte derart unterschiedlich? Legen Frauen mehr Wert auf die Familienfreundlichkeit des Berufes als Männer? Ist Gleichstellung – allein schon auf Grund der Biologie – überhaupt möglich?

Aber auch: Erhalten Frauen weniger und/oder seltener Förderung im Polizeiberuf?

Leistungserwartung vs. Familienpflichten

In einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2013 wurde die Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung im Polizeivollzugsdienst untersucht.

Die Wissenschaftler werteten hierzu Beurteilungsstatistiken aus zwölf Bundesländern und der Bundespolizei aus: „Sie stellten fest, dass sich in der Beurteilung eine klare Schiefelage zuungunsten der Frauen ergebe, die sich nicht mit individuellen Leistungsunterschieden erklären lasse. So werde „bei den Leistungserwartungen vielfach immer noch vom Prototyp eines männlichen, vollzeitbeschäftigten und flexiblen Polizeibeamten ausgegangen“, was „Beschäftigten mit ge-

ringerer Flexibilität und Präsenz – meist Frauen mit Familienpflichten und Teilzeitbeschäftigte – häufig als Leistungseinschränkung ausgelegt wird und ihnen dann Minuspunkte bei der Beurteilung bringt!“

Gezielte Förderung ist nötig

Um diesen und weiteren Missverhältnissen entgegen zu wirken, wurde in den Polizeibehörden, wie zum Beispiel 2017 in der PD Dresden, ein Frauenförderplan implementiert.

Mit verschiedenen Maßnahmen ist die Polizeidirektion Dresden „bestrebt, die Stellung der Frauen im Berufsleben zu verbessern und der Unterrepräsentanz in betroffenen Bereichen entgegenzuwirken.“ Die Maßnahmen zur Umsetzung umfassen Maßnahmen zur Einzelfallförderung durch Vorgesetzte und die Dienststelle, zur Fortbildung und Qualifizierung, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und Mobbing. Dabei ist die enge Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten unverzichtbar.

Fazit: In den letzten Jahren hat sich bereits vieles verbessert und zum positiven geändert. Das Ziel „Gleichstellung von Mann und Frau“ - nicht nur in der Polizei Sachsen - liegt jedoch noch in weiter Ferne. ■

DP – Deutsche Polizei Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-11
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



KREISGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI CHEMNITZ/SCHNEEBERG

Familie ist das Wichtigste

Lucienne Schubert

...und das wissen wir nicht erst seit den jetzigen chaotischen Zeiten!

„Wir betreuen vor Ort Beamte in Ausbildung, Beamte als Lehrpersonal und Tarifbeschäftigte sowie auch Einsatzbeamte in den Einsatzeinheiten der 3. BPA. Mitunter befinden sich unsere Kolleginnen und Kollegen in der Planung einer eigenen Familie.“

Das ist richtig so und verdient eben mehr als die von Herzen kommenden Glückwünsche.

Aus diesem Grund beschenken wir solch besondere Lebensereignisse, wie die Hochzeit oder die Geburt eines Kindes unserer Mitglieder ab 2021!



Fotos: Lucienne Schubert

Meldet euch einfach und unkompliziert bei euren Ansprechpartnern vor Ort!

#gdpwirtunwas
#familieistalles
#gdpfamilie

Eure Kreisgruppe BePo Chemnitz

*Der Landesvorstand der Gewerkschaft
der Polizei Sachsen e.V.
gratuliert allen Kolleginnen
der sächsischen Polizei
anlässlich des Internationalen Frauentages
und wünscht für die Zukunft viel Erfolg
im Beruf und in der Familie.*



Digitalisierung und Home-Office sowie Personalentwicklung in der Pandemie - fake News?

Torsten Scheller

Fake News? Nein. Jeder kann es in diesen Tagen lesen, die Corona-Pandemie soll bereits jetzt zu einer spürbaren Beschleunigung beim Aufbau moderner IT-Strukturen geführt haben. Zugleich vergeht aber auch kein Tag, wo nicht über Defizite diskutiert und über Konzepte beraten wird. So berichtete der Behörden Spiegel in seinem Newsletter „Netzwerk Sicherheit“ Nr. 917 vom 25. Januar 2021 über Home-Office in der Polizei von Nordrhein-Westfalen und Thüringen, wie folgt: „Das Verbrechen an Rhein und Ruhr soll ab sofort aus dem Homeoffice bekämpft werden. Ein überarbeiteter Erlass sieht nun vor, dass ein „Großteil“ der Polizisten im Home-Office arbeiten soll.

Der Streifendienst soll offenkundig von dieser Möglichkeit ausgenommen werden. Auch sollen alle Wachen weiterhin besetzt sein. Haft- und Eilsachen sowie zur Sicherstellung der Anzeigenaufnahme notwendige Tätigkeiten vor Ort müssen weiterhin flächendeckend angeboten werden. Es ist eine Aufforderung an die Dienststellen, die Möglichkeiten für Home-Office so weit wie möglich auszuschöpfen.

Das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) soll zur technischen Ausstattung beraten. Ausreichend Laptops und sichere Zugänge stünden zur Verfügung. Man wird also in den nächsten Tagen sehen, wie die neue Ankündigung umgesetzt wird und wie sie wirkt. Schon vor Wochen hatte der Freistaat Thüringen damit so seine Erfahrungen gemacht. Auch hier hieß es, die

Landespolizei solle einen Beitrag zur Entschärfung der Pandemiesituation leisten. Es wurden die Rahmenbedingungen für Home-Office geschaffen. Doch von den 6 300 thüringischen Polizisten und Tarifbeschäftigten gingen dann nur 830 ins Home-Office und davon waren nur 700 aus dem eigentlich polizeilichen Bereich. Es zeigten sich zudem schnell Probleme. So traten Engpässe bei den Zugängen zu den polizeilichen Datensystemen auf. Wichtiger als all das ist jedoch die Versorgung der Einsatzbeamten mit medizinischen Masken. Sie gibt es offenbar in einigen Ländern noch nicht flächendeckend. Zudem: Bei der Bundes- wie auch einigen Länderpolizeien sind die Infektionszahlen aktuell wieder gestiegen und damit auch die Quarantäneverpflichtungen.

Besonders Kontroll- und Streifendienste bringen die Einsatzkräfte immer wieder in Kontakt zu bereits Infizierten. Das ist aber unvermeidbar. Daher sollte der Schutz nach Ansicht aller Dienstherren und der Gewerkschaften Vorrang haben. Die Diskussion um die Frage, ob eine Corona-Infektion als Dienstunfall anerkannt werden kann, stößt derzeit bei den meisten Dienstherren und Arbeitgebern auf Widerstand.

So kurios sich Home-Office für die Polizei auf den ersten Blick auch anhört, so wenig problematisch ist es mit Blick auf die aktuelle Verbrechenslage. Je mehr Menschen zu Hause sind, umso weniger Hauseinbrüche finden statt. Zudem kam das Verbrechen auf der Straße zuletzt fast zum Erliegen. Ganz

anders aber im Cyber-Raum. Dort tut sich mehr denn je. Das Bundesinnenministerium (BMI) warnte gerade erst vor großangelegten Angriffen auf die Impflogistik, auf Krankenhäuser und Pharmaunternehmen über das Internet. Auch das Verbrechen erhält durch Corona einen Digitalisierungsschub.“

Eine Studie des Digitalverbands Bitkom hat ergeben, dass 94 Prozent von mehr als 1000 befragten Internetnutzern in Deutschland finden, dass „die Polizei mehr Präsenz im digitalen Raum zeigen und stärker gegen Internetkriminalität vorgehen“ sollte. Sie haben den Eindruck, dass die Cyberkriminalität zunimmt.

„Neun von zehn Befragten meinen, der Staat müsse mehr in spezielle Polizeieinheiten investieren, die gezielt gegen Kriminalität im Internet vorgehen. 88 Prozent wollen, dass die Polizei mehr Präsenz im Internet zeigt.“

Zu den Ergebnissen sagt Susanne Dehmel, Mitglied der Bitkom-Geschäftsführung: „Es ist die Aufgabe der Polizei, die Bürger zu schützen. Das gilt für öffentliche Straßen und Plätze genauso wie für den digitalen Raum.“

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei Sachsens kann man das Fazit „unterschreiben“ und damit sind wir bei der Ausstattung mit entsprechender Technik und Personal, aber eben auch bei der Personalentwicklung.

Die Situation in der sächsischen Polizei hat sich im IT-Bereich in den letzten Jahren grundsätzlich verbessert. Die Erfordernis-



Foto: stockwerk-photodesign/shutterstock



se wurden erkannt und durch die Politik unterstützt. Auch die Forderungen der Gewerkschaft der Polizei, den IT-Bereich in der Polizei sowohl strukturell, als auch personell zu stärken wurden gehört und umgesetzt. Jetzt gilt es aber nicht nur bezüglich der technischen Infrastruktur nachhaltig zu bleiben, sondern auch durch eine gezielte und planmäßige Personalentwicklung mit der Wirtschaft, der Kriminalitätsentwicklung Schritt zu halten. Die Polizei muss beim Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten können. Es geht um die Frage, wie können die vorhandenen Beschäftigten durch eine gezielte Aus- und Fortbildung auf hohem Niveau die polizeilichen Aufgaben, aber eben auch die Verwaltungsaufgaben bewältigen. Wie kann der sich ständig weiterentwickelnde technische Fortschritt nachhaltig und mit welchen speziellen Personalmaßnahmen sichergestellt werden.

Digitalisierung und Home-Office sowie Personalentwicklung sind also jetzt und auch nach der hoffentlich bald erfolgreichen Pandemiebewältigung Maßnahmen, die einer Fortentwicklung auf der Grundlage notwendiger Rahmenbedingungen bedürfen.

Dazu gibt es aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei Sachsens u. a. folgende Möglichkeiten:

- Technische und personelle Infrastruktur bei der Polizei nicht nur sicherstellen, sondern auf höchstem Niveau verstetigen, dazu gehören natürlich ausreichend Laptops und sichere Zugänge.
- Home-Office ist mehr als nur ein Arbeitsplatz mehr im persönlichen Umfeld.
- Home-Office ist nicht nur als Arbeits- und Gesundheitsschutz-Maßnahme in der Pandemiezeit zu nutzen, sondern nachhaltig und professionell im Interesse der Aufgabe, aber auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszubauen und zu gestalten.
- Home-Office ist auch für die Polizeiarbeit eine Chance für effektive und effiziente Arbeit.
- Home-Office in der Polizei kann Teil der Wertschätzung, aber auch zur besseren Nutzung von vorhandenen Ressourcen oder verbesserten, teilweise noch zu schaffenden Rahmenbedingungen führen. Z. B. kann die flächendeckende Einführung und Nutzung ei-

nes sicheren Videokonferenzsystems hilfreich sein.

- Vereinfachte Verbeamtung von im Beschäftigungsverhältnis stehenden geeigneten Beschäftigten, die z. B. ein entsprechendes IT-Studium erfolgreich abgeschlossen haben und mindestens drei Jahre eine entsprechende Tätigkeit wahrgenommen haben
- Verbeamtung auf Probe von Beschäftigten nach Abschluss einer Bachelorstudiums im IT-Bereich und Anerkennung des mindestens dreijährigen Studiums als Vorbereitungsdienst.
- Anpassung der tarifvertraglichen Regelungen im TV-L für Tarifbeschäftigte im Vergleich zu Bund und Kommune und weitere Verbesserungen im Vergleich zur Privatwirtschaft prüfen.
- Eine außertarifliche Zahlung einer IT-Zulage auch für das „Bestandspersonal“ einführen.
- Sicherstellung und stetige Verbesserung der polizeilichen IT-Ausbildung- und Fortbildung im Rahmen der Umorganisation und angestrebten Zentralisierung der Aus- und Fortbildungslandschaft in der sächsischen Polizei. ■

Ein starkes Team für die Polizei!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

Im Einsatz für alle, die immer im Einsatz sind –

Die PVAG Polizeiversicherungs-AG: Die PVAG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet allen Polizeibeschäftigten speziell auf dienstliche und auch private Belange zugeschnittene Absicherung und Vorsorge.

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe

Gebietsdirektion Dresden, Antonstraße 39, 01097 Dresden

Telefon 0351 80802120, gd.dresden@signal-iduna.de

Gebietsdirektion Leipzig, Dresdner Straße 11, 04103 Leipzig

Telefon 0341 31985520, gd.leipzig@signal-iduna.de



SENIOREN BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

Ein herzliches Dankeschön an unsere Rosi

Matthias Lukat

Nach 15 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit als Vorsitzende der Seniorengruppe der Bezirksgruppe der Polizeidirektion Leipzig hat Rosi-Marie Kundt aus gesundheitlichen Gründen diese Funktion abgeben.

Sie hat die Seniorenarbeit der PD Leipzig maßgeblich geprägt und war mit Herz und Seele unsere Senioren-Vorsitzende. Die Mitglieder der Bezirksgruppe Leipzig sind Rosi für ihre geleistete ehrenamtliche Tätigkeit sehr dankbar und wünschen ihr



Foto: Astrid Götz-Happe, pixello.de

auf diesem Weg alles Gute, vor allem viel Gesundheit. Die offizielle Verabschiedung wird, sobald die Corona-Verordnung es

wieder erlaubt, in einem feierlichen Rahmen erfolgen.

Der Seniorenvorstand der Bezirksgruppe der PD Leipzig wird die Arbeit übernehmen und hat als neues Mitglied Eckehard Goudschmidt in den Vorstand berufen. Ihn erreicht ihr telefonisch unter +49 163 6860214 oder per Email unter Eckehard.Goudschmidt@gdp-sachsen.de.

Jede Unterstützung und Mitarbeit im Seniorenvorstand ist willkommen und wird gern angenommen. Wir bitten alle interessierten Seniorinnen und Senioren sich mit uns telefonisch in Verbindung zu setzen unter +49 341 96642332 oder per Email PD-Leipzig@gdp-sachsen.de ■

LANDESGESCHÄFTSSTELLE

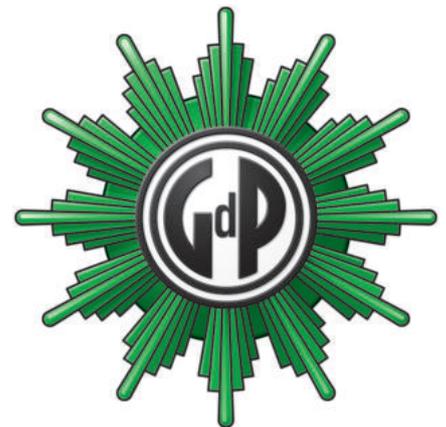
Alles Neue macht der März!

Jan Krumlovsky

So soll es zumindest in Bezug auf die GdP Sachsen sein. Denn ab März beginnen die umfangreichen Sanierungsmaßnahmen an der Landesgeschäftsstelle.

Der Landesvorstand hat in seinen vergangenen Sitzungen entschieden, dass die in den 90iger Jahren erbaute Landesgeschäftsstelle in Kesselsdorf umfassend und energetisch saniert werden soll. Bereits seit einem Jahr laufen dazu die Vorbereitungs- und Planungsaufgaben, welche mit Baubeginn im März ihren Abschluss fanden.

Für den Sanierungszeitraum sind wir in eine Interims-Geschäftsstelle mit Anschrift „Zum alten Dessauer 13“ in 01723 Kesselsdorf gezogen. Von dort aus werden wir circa 1 Jahr lang die Gewerkschaft führen. Die



Postanschrift und Erreichbarkeiten bleiben weiterhin die Alten.

Auch unser Partner Signal Iduna mit seiner Hauptagentur Dietmar Seifert wird uns in unsere Interims-Geschäftsstelle begleiten. Unser Polizeisozialwerk wird für die Dauer der Umbauarbeiten in der Hauptstraße 1 in 01737 Oberhermsdorf seinen Sitz einnehmen.

Sofern alles planmäßig verläuft, werden wir zum Jahreswechsel in unsere „neue“ alte Geschäftsstelle zurückziehen. ■



Foto: Jan Krumlovsky



SENIOREN BEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ

Schaukäsen 2020

Hallo liebe Senior*innen,

am 20. Oktober 2020 fand im Rößler Hof in Burkhardtsdorf die GdP-Veranstaltung „Schaukäsen“ unter Anleitung eines Käsemeisters statt. In einer 12-wöchigen Reifezeit im Käsekeller des Rößler Hofes wurde aus dem „schwer erarbeiteten“ Rohkäse bis zum 23. Januar 2021 ein ausgereifter, schmackhafter Bergkäse.

Diesen konnte ich nun abholen und den damaligen Teilnehmern zum Verzehr übergeben. Mit großem „Hallo“ wurden die jeweils mehr als ein Pfund schweren Käsestücke entgegengenommen und gleichzeitig der Wunsch geäußert, eine solche oder ähnliche Veranstaltungen folgen zu lassen.

Ich möchte nochmals an die Fahrt zu einer Mettenschicht in den Zinnkammern Pöhla in der Adventszeit 2021 und an den damit verbundenen Anmeldetermin erinnern (Veranstaltungsplan DP 02/2021). Es lohnt sich auf jeden Fall, dieses Event des erzgebirgischen und insbesondere bergmännischen Brauchtums zu besuchen.

Ralf Weinreich
Seniorenvertreter



VERANSTALTUNGEN & SEMINARE

„Vorbereitung auf den Ruhestand“

Jan Krumlovsky

Die derzeitige Lage in der Pandemiebewältigung wirkt sich natürlich auch auf unsere Veranstaltungen und Schulungen aus.

Uns ist es bewusst, dass die Kolleginnen und Kollegen einen hohen Informationsbedarf in Bezug auf das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ haben und gern unser Seminar dazu besucht hätten.

Aufgrund der immer noch angespannten Situation und der gesetzlichen Regelungen haben wir folgende Entscheidungen für die GdP Sachsen beschlossen:

– Es werden im ersten Halbjahr keine Präsenz-Seminare der GdP Sachsen durchgeführt.

- Es wird ein Online-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ organisiert.
- Es wird über die Bezirks- und Kreisgruppen der GdP Sachsen ein Handout zur Verfügung gestellt, für Kolleginnen und Kollegen, welche demnächst in Pension gehen.

Für alle Fragen rund um die Pension, Umstellung der Heilfürsorge auf Beihilfe sowie der gewerkschaftlichen Vorbereitung auf den Ruhestand, steht euch eure Bezirks- oder Kreisgruppe sowie die Ansprechpartner der Seniorengruppe der GdP Sachsen zur Verfügung.

Die Termine für das Online-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ werden zeitnah auf der Homepage der GdP Sachsen veröffentlicht. ■





INFO-DREI

Schubwesen bei der Polizei in ...

... Sachsen-Anhalt

Im Zeitraum 1. Januar 2020 bis Anfang Dezember 2020 wurden in Sachsen-Anhalt knapp über 2.100 Schutzsuchende in der Erstaufnahme registriert (Jahr 2019: 2.840). Die Menschen kamen vorrangig aus Syrien, Afghanistan und Irak. Im benannten Zeitraum wurden insgesamt 269 Personen abgeschoben. Wie laufen die Einzel- und Sammelabschiebungen aus polizeilicher Sicht in Sachsen-Anhalt ab?

Die Ausländerbehörden (ABH) melden dem zuständigen Referat im Landesverwaltungsamt (LVwA) die ausreisepflichtigen Personen. Dieses Referat bucht die entsprechenden Flüge und meldet die Daten an die polizeiliche Steuerungsstelle (Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt, Dezernat 01, Rückführungsmanagement) und an die ABH. Die Steuerungsstelle nimmt umfangreiche Recherchen zur jeweiligen Person vor: offenen Strafverfahren (ggf. Freigabe durch zuständige Staatsanwaltschaft), Vorstrafen, Wohnort sowie sonstige Informationen aus den pol. Informationssystemen. Alle Daten werden dann an die zuständigen Polizeiinspektionen weitergeleitet. Ebenso werden von der Steuerungsstelle alle für die Abschiebung notwendigen Unterlagen erstellt. Sind geeignete Transportmittel (z. B. Bus bei Familien) oder medizinische Begleitungen erforderlich, tritt die Steuerungsstelle an das LVwA heran. Die jeweiligen Zentralen Einsatzdienste (ZED) planen und vollziehen die Abschiebungen. Vor dem Abflug erfolgt die Übergabe an die Bundespolizei. Die verbringenden Bediensteten bleiben bis zum Abflug der Maschine vor Ort, um die Person beim Nichtmitfliegen wieder entgegenzunehmen. Nach Beendigung der Maßnahme wird die Kostenrechnung über die Steuerungsstelle an das LVwA übersendet. Im ZED werden bei Einzelabschiebungen grundsätzlich zwei bis drei Beamtinnen und Beamten je ausreisepflichtiger Person eingepplant. Bei Erkenntnissen zu Gewaltbereitschaft wird der Personalansatz erhöht.

Der Landesvorstand

... Thüringen

Die Organisation und Durchführung von Rückführungen und Vorführungen wird in der Dienstanweisung über das Schubwesen und die polizeiliche Begleitung im Rahmen von Vorführungen in der Thüringer Polizei geregelt. Bis Anfang des Jahres 2018 erfolgte hierbei die Koordinierung über die Landespolizeidirektion in Zusammenarbeit mit der Zentralen Abschiebestelle des Thüringer Landesverwaltungsamtes (TLVwA). Die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht wurde hierbei durch eine speziell geschulte Gruppe der Bereitschaftspolizei Thüringen (BPTh), der Zentralen Schubeinheit (ZSE) in Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Dienststellen übernommen.

Aufgrund der starken Zunahme von Ersuchen des TLVwA zur Durchsetzung der Ausreisepflicht im Rahmen von Dublin-Überstellungen und der Rückführungen in die Heimatländer, erfolgte eine Umstrukturierung der Aufgaben. So wird seither die Koordinierung der Aufträge direkt zwischen dem Sachbereich Einsatz der BPTh im ZW mit dem TLVwA übernommen. Darüber hinaus wurden die neun Einsatzeinheiten der BPTh zur Durchführung von Rückführungen beschult und die Beamten der ZSE dezentralisiert. In einem wöchentlich wechselnden System erfolgt jetzt die Umsetzung der Rückführungen mit dem Ziel, eine gleichgelagerte Belastung der Einheiten zu erreichen und ein lageangepasstes Kräfte-Management zu betreiben. Die Rolle der örtlichen Dienststellen besteht in der Regel in dem Ergreifen der Betroffenen und die Übergabe an die für die weitere Verbringung zur Bundespolizei zuständigen Kräfte der BPTh. In Fällen der Amtshilfe bei der Vollstreckung einer Abschiebehaft sind vornehmlich die örtlich zuständigen Dienststellen gefragt. In Ermangelung einer eigenen Abschiebehaftereinrichtung in Thüringen erfolgt die Unterbringung in anderen Bundesländern. Die gesammelten Erfahrungen werden derzeit in die Neufassung der Dienstanweisung eingearbeitet.

KG BPTh

... Sachsen

Die Organisation der Abschiebungen und Zuführungen bei der Polizei in Sachsen erfolgt über die Einsatzgruppe ZAB (EG ZAB). Diese befindet sich in den Räumlichkeiten der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) in Chemnitz und ist Ansprechpartner für die obere Ausländerbehörde sowie für die unteren Ausländerbehörden der Städte und Landkreise.

Die EG ZAB verteilt die Aufträge an die Standorte der Abschiebezüge der Bereitschaftspolizei und bindet bei Dublin-Überstellungen die Bundespolizei mit ein. An den Standorten der Bereitschaftspolizei Sachsen steht jeweils ein Zug für die Aufgabe „Abschiebung“ zur Verfügung. Je nachdem wie viele Abschiebungen anfallen, wird der Zug auch für andere Einsatzmaßnahmen verwendet. Diese bekommen die Aufträge durch die EG ZAB. Die weiteren Planungen liegen in den Händen der jeweiligen Verantwortlichen in den Einheiten und werden in Zusammenarbeit mit dem Lagedienst (wie zum Beispiel Abholung auf den jeweiligen Revieren) koordiniert. Laut der Verwaltungsvorschrift Abschiebung erfolgt die Planung der Fahrzeiten und die Anzahl der eingesetzten Beamtinnen und Beamten. Im Weiteren ist die Dienstanweisung über die Arbeitszeit zu beachten, sodass einige Abschiebungen mit Übernachtung geplant werden müssen.

Von den im Jahr 2019 geplanten Abschiebungen konnten ca. 50 Prozent realisiert werden. Durch die eingesetzten Beamtinnen und Beamten werden vorrangig die Flughäfen angefahren, wie Frankfurt am Main und Düsseldorf, aber es gibt auch Abschiebungen über den Seehafen Rostock.

Weitere Überstellungen erfolgen an verschiedenen Orten an der Außengrenze der Bundesrepublik wie z. B. Görlitz, Passau, Konstanz, Aachen, um nur einige zu nennen.

Mike Pfützner